

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Weder Sie, meine Damen und Herren, noch die Zuschauer am Fernsehen sollten glauben, dass die aktuelle Bankenkrise die Ursache der sich abzeichnenden Finanz- und Wirtschaftskrise sei. Die Bankenkrise hat damit zu tun, dass die Finanzmärkte seit Jahrzehnten völlig ohne politische Kontrollen agieren konnten, dass die massive Steuerhinterziehung in den Steueroasen zugelassen wird und dass die Gier der Banker keine Grenzen kennt. Die Rettungsaktion der europäischen Staaten für diese Banken, die Sie gut finden, Herr Servaty, allerdings mit einem „aber“, ist denn auch in Wirklichkeit noch einmal ein Skandal für sich. Da erhalten die Zocker, allein in Europa, jetzt beinahe 1000 Milliarden Euro vom Staat an Steuergeldern. Und was tun sie damit? Geben sie das Geld als Kredite an die Unternehmen weiter, was sie tun müssten? Nein! Sie kaufen damit, als Ersatz für ihre faulen Aktienpapiere, die sicherste Anlage die im Augenblick auf dem Markt zu haben ist, nämlich Staatsbons. Natürlich muss der Staat im heutigen System für den Verkauf dieser Staatsbons erneut Zinsen an die privaten Banken zahlen. Der Staat zahlt also Zinsen für das Geld, welches er vorher von diesen gleichen Banken gegen Zinsen geliehen hatte um diese Banken zu retten. Er zahlt also für das gleiche Geld zweimal Zinsen. Von den Zinseszinsen ganz zu schweigen! Muss man das jetzt als dumm oder als korrupt bezeichnen?

Aber lassen wir die Bankenkrise und kommen zur Wirtschaftskrise.
Wie ist die aktuelle wirtschaftliche Situation?

1. Der Staat verschuldet sich bei den Privatvermögenden durch den Zinseszins gemäß einer exponentiellen Kurve. Deshalb verkauft er inzwischen schon seine letzten Besitztümer.
2. Die Unternehmen, die ständig neues Geld zum Produzieren benötigen, bekommen das Geld in diesem Geldsystem nur von

den Privatvermögenden über die Geschäftsbanken. Die Privatvermögenden verknappen aber das Geld für die Realwirtschaft, weil sie es horten oder als Spekulationsmittel abzweigen. Die Folge von 1 und 2:

3. Die große Mehrheit der Bevölkerung, die Verbraucher insgesamt, hat immer weniger Geld zur Verfügung. Deshalb funktioniert auch die Binnenkonjunktur nicht wie sie könnte.

Mit anderen Worten, es fehlt überall das Tauschmittel um die Herstellung von Produkten und den Tausch zwischen Arbeit, Produkten und Dienstleistungen zu ermöglichen. So werden weniger Produkte hergestellt, und mögliche bzw. sogar notwendige Dienstleistungen unterbleiben. Das Konjunkturprogramm, das jetzt von den Regierungen überall angepriesen wird, erfolgt auf Pump und stellt deshalb keine nachhaltige Lösung dar!

Man schüttet oben geliehenes Geld, als Konjunkturprogramm, in den Wirtschaftsstiefel, welches unten als Zins und Zinseszins exponentiell wieder aus dem Stiefel herausläuft, und zwar schneller als die Wirtschaftsleistung es herbeischaffen kann. Das kann nicht funktionieren, der Stiefel wird leer laufen.

Ich werde jetzt hier nicht länger theoretisch auf den Kern des Problems eingehen, sondern Ihnen einige Passagen vorlesen aus der Information über das Experiment von Wörgl in Österreich, im Jahre 1932, also 3 Jahre nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in 1929. Die DG ist ja schon mehrfach nach Österreich gegangen um gegebenenfalls effektive Handlungsweisen aus Österreich in unsere Gemeinschaft zu bringen. Mit dem damaligen Experiment, dem wie es auch genannt wird "Wunder von Wörgl" wird gezeigt, wie die Menschen sich ganz konkret, auf der Ebene einer Gemeinde, selber helfen können.

Die Quelle ist das Buch von Fritz Schwarz "Das Experiment von Wörgl" (*)

„Wie viele Gemeinden und Städte jener Zeit wurde auch Wörgl mit seinen 4216 Einwohnern von der Rezession erfasst und von hoher

Arbeitslosigkeit heimgesucht. Der bei der Innsbrucker Sparkasse hoch verschuldete Ort war noch nicht einmal in der Lage, die inzwischen aufgelaufenen Zinsen - 50.000 Schilling - zu bezahlen. Das einzige Guthaben der Gemeinde waren Steuerrückstände in Höhe von 115.000 Schilling, welche die Leute nicht zahlen konnten, sie waren einfach zu arm. "Ausgesteuerte" Arbeitslose fielen scharenweise der Armenfürsorge zur Last. In weiten Teilen Österreichs und Deutschlands sah es nicht anders aus. Verzweifelte Familienväter sahen oft keinen anderen Ausweg mehr, als sich das Leben zu nehmen. In Wörgl richteten sich die Hoffnungen der Enttäuschten und Gedeemütigten auf den tüchtigen Bürgermeister Michael Unterguggenberger, doch der hatte schon lange nichts mehr zu verteilen. Ihm ging das unbeschreibliche Elend der Arbeitslosen und deren Familien so zu Herzen, dass er keine Ruhe mehr fand und über einen Ausweg aus der Not nachzudenken begann. Seine Gedanken kreisten um die Natürliche Wirtschaftsordnung. Eines Tages fasste er den Entschluss, Silvio Gesell beim Wort zu nehmen. Dessen Gedanke, dass umlaufendes Geld Arbeit schafft und eingesperrtes Geld Arbeiter aussperrt, ließ ihn nicht mehr los. Um den Gemeinderat, die örtlichen Geschäftsleute, Handwerker, Bauern, kurz die ganze Gemeinde von der Notwendigkeit seiner Idee zu überzeugen, sprach er mit vielen zunächst unter vier Augen, dann in den Vereinen und schließlich auf Versammlungen vor der ganzen Bevölkerung über diesen einen, rettenden Ausweg. Unterguggenberger schlug vor, den Wohlfahrtsausschuss der Gemeinde zu beauftragen, die Nothilfe Wörgl ins Leben zu rufen. Bangen Herzens, doch ohne zu zögern, stimmte die ganze Gemeinde diesem Vorschlag zu. Die Nothilfe bestand darin, dass der Wohlfahrtsausschuss unter der Leitung vertrauenswürdiger Persönlichkeiten so genannte "Arbeitswertscheine" d.h. "Arbeitsbestätigungsscheine" drucken ließ, die in Wirklichkeit aber Zahlungsmittel, also praktisch Geld waren. Sie wurden in folgenden

Stückelungen herausgegeben: 2000 gelbe Arbeitsbestätigungsscheine zu je 1 Schilling, 2000 blaue zu je 5 Schilling und 2000 rote zu je 10 Schilling. Mit nominal nur 32 000 Schilling glaubte der Bürgermeister die ganze Gemeinde ausreichend mit Geld versorgt zu haben, so gründlich hatte er seinen Gesell gelesen! Die Nationalbank in Wien

hatte jedoch Wind davon bekommen, behauptete, es handele sich bei den Scheinen um Geld und verwies unter Strafandrohung auf ihr Monopol. Davon ließ sich Unterguggenberger zum Glück nicht beeindrucken. Er schrieb zurück, dass man sich lediglich mit Arbeitswertscheinen versorgt habe und brachte das Experiment auf den Weg.

Die Besonderheiten dieser Arbeitswertscheine waren der Bevölkerung in den "Wörgler Nachrichten" ganz genau erklärt worden. Wichtigster Unterschied zum normalen Geld, das selbstverständlich seine Gültigkeit behielt und auch weiterhin genutzt werden konnte, war die von Silvio Gesell vorgeschlagene Gleichstellung des Geldes mit den verderblichen Waren. Es verlor also ständig an Wert und zwar 1% pro Monat. Wer den Schein länger als einen Monat bei sich herumliegen ließ, musste ihn auf einem der zwölf aufgedruckten Monatsfelder mit einer Wertmarke bekleben, die es im Gemeindeamt zu kaufen gab. Wer es unterließ, konnte entsprechend weniger damit kaufen. Klar, dass alle bemüht waren, die Scheine vor den monatlichen Stichtagen wieder loszuwerden, um dadurch dem "Standgeld" zu entgehen. Um gleich mit gutem Beispiel voranzugehen, kaufte die Gemeinde Wörgl dem Wohlfahrtsausschuss 1000 Schilling in Arbeitsbestätigungsscheinen ab, um damit die Löhne zu bezahlen. In den Geschäften wurden die Arbeitsbestätigungen wie normales Geld akzeptiert und von den Geschäftsleuten überraschend schnell zum Bezahlen rückständiger Steuern verwendet. Als nach drei Tagen von den erst 1000 ausgegebenen Schilling, der Gemeinde bereits 5 100 Schilling an bezahlten Steuern zurückgeflossen waren, alarmierte der Buchhalter den Bürgermeister, da er sich diese wunderbare Geldvermehrung nur so erklären konnte: "Da müssen schon Geldfälscher am Werk sein!" Unterguggenberger soll darüber schallend gelacht haben. Vermutlich wird er sich damals auch die Zeit genommen haben, seinen Mitarbeitern den Zusammenhang zwischen der Geldmenge und dem Umlauf des Geldes zu erklären. Da 1000 Schilling, die durch zehn Hände gehen, einer Wirtschaftskraft von 10.000 Schilling entsprechen, sind diese 1000 Schilling für die Wirtschaft genau so wertvoll wie 5000 Schilling, die nur zweimal von Hand zu Hand gehen. Das lästige Aufkleben der Wertausgleichsmarken verführte die Bürger von Wörgl dazu, das Notgeld immer gleich zum Einkaufen zu verwenden oder zur

Sparkasse zu bringen, wo sie es normal in Schilling umtauschen konnten. Die Bank verlangte für ihre Leistungen im Dienste des Arbeitsbestätigungsverkehrs keine Gebühren, aller Gewinn floß in die Gemeindekasse. Der störungsfreie Umlauf des Geldes ermöglichte es der Gemeinde Wörgl, mit der lächerlich klein anmutenden Summe von 32.000,- Schilling im Laufe von nur dreizehn Monaten enorme Aufträge an die heimische Wirtschaft zu vergeben und die Arbeitslosigkeit sensationell um 25 % zu senken. Die Aufzählung macht auch heute noch sprachlos:

Bau einer Skischanze, Asphaltierung mehrerer Straßen, Bau einer Betonbrücke, Kanalisation des Gemeinde- und Schulhauses, Einrichtung einer Notstandsküche, Umgestaltung eines Parks am Bahnhof, Modernisierung der Straßenbeleuchtung usw. Wörgl verwandelte sich in eine Insel der Hoffnung inmitten eines Meeres der Verzweiflung. Kein Wunder, dass Journalisten, Professoren und Minister aus aller Welt nach Wörgl kamen, um durch eigene Untersuchungen eine Erklärung für dieses Wunder zu finden. Der Bürgermeister ging aber auch selbst über das Land, um in Vorträgen vor Amtskollegen aus ganz Österreich zu sprechen und trat damit eine Lawine los, die bei der Nationalbank in Wien die Alarmglocken schrillen ließ: 178 österreichische Gemeinden fassten den Entschluss, dem Beispiel der Gemeinde Wörgl zu folgen. Das wäre der Durchbruch gewesen und zweifellos eine Sternstunde der Menschheit, wenn es nicht von der österreichischen Nationalbank in Wien gewaltsam abgewürgt worden wäre.

Die Regierung Dollfuß, legte Beschwerde ein. Das wäre ja noch schöner! Ein Prolet, der nur bis zum 12. Lebensjahr die Schule besucht hatte, der weder Volkswirtschaft noch Nationalökonomie studiert hatte, der nicht den kleinsten Dokortitel aufweisen kann, ein

Eisenbahner, ein Sozialdemokrat wollte sich erfreuen, die österreichische Währung zu korrigieren! Die Ausgabe von Geld in jeder Art ist nur der Nationalbank gestattet. Das Schwundgeld wurde verboten. Bürgermeister Unterguggenberger begnügte sich nicht mit dem Bescheid, und der Prozess, den Wörgl führte, lief durch alle drei Instanzen - erfolglos. Am 18. November 1933 wurde der Einspruch Wörgls endgültig abgewiesen. Da aber der Rekurs keine aufschiebende Wirkung hatte, musste schon am 15. September das

Schwundgeld eingezogen und in leicht zu hortende Schilling umgetauscht werden, mit der Folge, dass Arbeitslosigkeit und Not schlagartig in die Familien zurückkehrten.

So mächtig wie heute war auch schon damals das herrschende Kapital.

Der Kern der Lösung ist also der Unterschied zwischen einem Geld welches an Wert gewinnt, wenn es angespart, bzw. gehortet wird, und dem "Zahlungsmittel" in Wörgl, welches monatlich 1% seines Wertes verlor und also zum Ansparen nicht geeignet war. So wurde es rasch ausgegeben, die Unternehmen konnten ihre Produkte verkaufen, die öffentliche - Hand hatte genug Steuereinnahmen zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen, und sogar die Sparkasse in Wörgl konnte von den Eingängen Darlehen an vertrauenswürdige Kreditnehmer zu dem (märchenhaften) Zinsfuß von 6% verleihen, wobei der Spar- und Darlehensverein diesen Zinsgewinn nicht behielt, sondern auch der Gemeindekasse zufließen ließ, was wohl ebenfalls ein Teil des Wunders ist.

Ohne einen schnellen Paradigmenwechsel werden die Länder der EU schwerwiegenden wirtschaftlich-soziale Verwerfungen entgegen gehen und ich fand es angebracht, die damalige Erfahrung in Wörgl hier wiederzugeben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Joseph Meyer
VIVANT- Fraktion

(*) <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/woergl/alles.htm>
<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/benjes/ben06.html>

Die Kunde von der Sanierung der Gemeinde Wörgl sprach sich in der Welt herum. Wörgl wurde eine Art Wallfahrtsort für Volkswirtschaftler. Sie fanden die Vorzüge des Schwundgelds enorm, denn es machte das Hamstern von Geld unsinnig, der Sparer trug es auf die Sparkasse. Da es nur im Ort Gültigkeit hatte, wurden hier auch die größeren Einkäufe getätigt, man fuhr nicht mehr nach Innsbruck einkaufen.

Der Schweizer Journalist Bourdet berichtete: "Ich habe Wörgl im August 1933 besucht, also genau ein Jahr nach Beginn des Experiments. Man muss unparteiisch anerkennen, daß der Erfolg an das Wunderbare grenzt. Die früher für ihren grauenhaften Zustand verschrienen Straßen gleichen jetzt Autobahnen. Das Bürgermeisteramt schön restauriert, ein reizendes Chalet mit blühenden Geranien. Die Arbeiter sind alle fanatische Freigeldler. In allen Läden nimmt man die Arbeitsbestätigungen zum gleichen Wert wie das offizielle Geld."

Die Leute in Kitzbühel, die zuerst die Wörgler verlachten, entschlossen sich bald zur Nachahmung. Sie setzten für 3000 S - nämlich 1 S pro Kopf - Schwundgeld in Umlauf. Die Scheine der beiden Gemeinden galten in beiden Gemeinden und wurden hüben und drüben anstandslos angenommen. Zahlreiche andere österreichische Gemeinden wollten das Beispiel Wörgls nachahmen, entschlossen sich aber abzuwarten, was die inzwischen in Aktion getretene Regierung entscheiden werde.

Diese, die faschistische Regierung Dollfuß, legte Beschwerde ein. Das wär' ja noch schöner! Ein Prolet, der nur bis zum 12. Lebensjahr die Schule besucht hatte, der weder Volkswirtschaft noch Nationalökonomie studiert hatte, der nicht den kleinsten Dokortitel aufweisen kann, ein Eisenbahner, ein Sozialdemokrat wollte sich erfreuen, die österreichische Währung zu korrigieren! Die Ausgabe von Geld in jeder Art ist nur der Nationalbank gestattet. Das Schwundgeld wurde verboten. Bürgermeister Unterguggenberger begnügte sich nicht mit dem Bescheid, und der Prozess, den Wörgl führte, lief durch alle drei Instanzen - erfolglos. Am 18. November 1933 wurde der Einspruch Wörgls endgültig abgewiesen. Da aber der Rekurs keine aufschiebende Wirkung hatte, musste schon am 15. September das Schwundgeld eingezogen werden.

Viel haben wir seither erlebt und überlebt: den Ständestaat von Dollfuß, das Dritte Reich Hitlers, Not und Elend des Zweiten Weltkriegs und die harte Arbeit des Wiederaufbaus. Heute sind wir ein Staat, der in vieler Hinsicht der Welt ein Beispiel geben kann. Doch das Beispiel Wörgls und seines klugen Bürgermeisters wollen wir nicht der Vergessenheit anheim fallen lassen.

